

**Schweiz**

Tages-Anzeiger vom 10.11.2006

**Renitente mit Valium ausschaffen**

**Bürgerliche Politiker wollen Asylbewerbern Valium geben, um sie problemlos ausschaffen zu können. Dafür möchten sie die Menschenrechtskonvention ändern. Die Linke ist entsetzt.**

Von Bettina Mutter, Bern

Die freisinnige Nationalrätin Marianne Kleiner war zehn Jahre lang Regierungsrätin in Appenzell Ausserrhoden. Seit Ende 2003 betreibt sie in Bern vor allem Finanzpolitik. Als diplomierte Psychologin interessiert sie sich aber auch für andere Belange. Ende August etwa mischte Kleiner stellvertretend für einen abwesenden Kollegen in einer juristisch heiklen Frage mit - und löste damit in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (SPK) einen Wirbel aus. Bei der Beratung des Zwangsangwendungsgesetzes brachte sie die Forderung ein, renitente Asylbewerber künftig am besten mit Valium ruhig zu stellen.

Doch der Reihe nach. Laut dem Sitzungsprotokoll, welches dem TA vorliegt, ging es zunächst um Ausschaffungen unter Zwangsangwendung. Vertreter aus FDP und SVP finden es unproblematisch, wenn Waffen, Hunde, Klebband, Fesseln, Windeln und Medikamente zum Einsatz kommen. Yvan Perrin etwa, SVP-Nationalrat und Polizist aus Neuenburg, hegt wenig Sympathien für abgewiesene Asylbewerber, die sich der Heimreise widersetzen. Der politisierende Polizist trat in der Kommission auch als solcher auf: «Unter diesen illegal anwesenden Leuten hat es oft sehr üble Typen. Es hat sogar Mörder darunter. Gegen die müssen wir uns bei Ausschaffungen schützen können.»

Die Linke hingegen forderte, auf Gewalt sei zu verzichten. Die abtretende Berner SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot will, dass das neue Gesetz den Zwang nicht erhöht, sondern vermindert. Jede Art von Repression sei «absolut zu verhindern». Psychologin Kleiner hörte sich den Streit an. Dann sagte Sie wörtlich: «Etwas verstehe ich nicht. Warum werden nicht Medikamente eingesetzt? Mit dem Einsatz von ein bisschen Valium ergäbe sich für alle Seiten eine würdigere Situation.»

**Valium: Die Alternative zu Windeln?**

Diesen Vorschlag machte sie, nachdem Vermot den Kollegen eine Ausschaffung geschildert hatte. Dem Asylbewerber I. L. seien kürzlich im Flughafen Kloten Windeln und der Ausschaffungs-Overall der Zürcher Kantonspolizei angezogen worden. «Anschliessend legte man ihn in Ketten und verklebte ihm mit Scotch den Mund.» In der Cessna sei er «mit Ringen und weiteren Ketten an den Flugsitz gefesselt worden» - bewacht von Mitgliedern der Antiterrorereinheit. Philipp Müller von der FDP Aargau quittierte diese Schilderung mit der Bemerkung, das habe sich I. L. alles selbst zuzuschreiben. Er hätte ja freiwillig nach Afrika heimreisen könne. «Er zeigte sich aber renitent», so Müller.

Der Liberale Serge Beck leistete Müller und Kleiner Support. Er zeigte Gefallen an ihrem Vorschlag, die Situation mit Valium zu entschärfen. «Schliesslich stellen Psychiater ihre Patienten auch mit Valium ruhig, um sie vor sich selbst zu schützen», wusste der Waadtländer Bauer. Er forderte ein Gutachten, welches die Möglichkeiten des Valium-Einsatzes für Bund und beauftragte Polizei erläutere.

Im druckfrischen Gutachten kommt nun Luzius Mader, Vizedirektor des Bundesamtes

für Justiz zum Schluss, dass «Valium als menschlichere Alternative zu Windeln» nicht in Frage kommen kann. Der Jurist ruft FDP und SVP in Erinnerung, dass laut Verfassung jede Person «selbst über Eingriffe zu entscheiden hat, welche ihre körperliche und geistige Integrität betreffen». Er legt der Kommission auch dar, dass «jede Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung» ausgeschlossen sei.

Die Haltung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) ist nicht weniger eindeutig. Die Justizdirektoren halten fest, dass ein illegaler Asylbewerber nur gegen seinen Willen medikamentös ruhig gestellt werden darf, wenn er «sich und andere ernsthaft gefährdet und ein Arzt die Valium-Gabe verordnen und überwachen würde».

#### «Eine ungeheuerliche Forderung»

Mader schliesst: «Medikamente dürfen nicht für administrative Belange eingesetzt werden.» Marianne Kleiner nimmt dies zur Kenntnis. Sie wisse nun, dass ihre Idee der Europäischen Menschenrechtskonvention widerspreche, sagte sie dem TA. Das bringt die Freisinnige aber nicht von ihrer Forderung ab. «10 bis 20 Milligramm Valium wären harmlos», sagt sie. Und fragt: «Warum ändert man die Konvention in diesem Punkt nicht?»

Die Linke reagiert entsetzt. SP-Nationalrat Andreas Gross sagt als SPK-Präsident, man dürfe europäische Konventionen durchaus zur Diskussion stellen. Kleiners Valium-Idee hingegen bezeichnet Gross als «eine ungeheuerliche Forderung». Man legiferiere nicht mit dem Ziel, jemanden wehrlos und gefügig zu machen.